

**AntragstellerInnen:**  
LAVO

**Antrag:**  
10 GRÜNE Initiativen

**L 1**

## 1 **10 GRÜNE Initiativen für den Start in den Landtag**

### 2 **GRÜN macht den Unterschied!**

3 Nach vielen Jahren Großer Koalitionen unterschiedlicher Zusammensetzung ist Mecklenburg-  
4 Vorpommern nahezu erstarrt. Dabei bietet das Land viele Möglichkeiten. Es ist reich an Natur,  
5 Kultur, Tatkraft und Ideen. Doch diese Potentiale werden zu wenig genutzt. GRÜN macht den  
6 Unterschied, GRÜN sorgt für mehr Bewegung.

7  
8 Starke GRÜNE im Landtag sind die Voraussetzung:

- 9 • für die klare Begrenzung der Lagerung und Behandlung von radioaktiven Stoffen im  
10 Atomzwischenlagern Nord in Lubmin,
- 11 • für den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien mit seinen positiven Effekten für  
12 Arbeitsmarkt und Klimaschutz,
- 13 • für eine Qualitätsoffensive im Bildungsbereich,
- 14 • für mehr soziale Gerechtigkeit insbesondere für sozial Benachteiligte und  
15 • für mehr Bürgerbeteiligung.

16  
17 Wir wollen durchsetzen, dass das Zwischenlager Nord nicht zum Atommüllzwischenlager mit einer  
18 Langfristperspektive wird, in dem Atommüll aus ganz Deutschland und ganz Europa behandelt und  
19 zwischengelagert wird. Wir wissen, dass es dazu einen langen Atem braucht, denn die schwarz-  
20 gelbe Bundesregierung hat ausdrücklich erklärt, dass sie die unbefristete Einlagerung schwach-  
21 und mittelradioaktiver Materialien in Lubmin auch auf dem Rechtsweg durchsetzen will.

22  
23 Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern zur bundesweiten Nr. 1 bei den Erneuerbaren Energien  
24 machen, indem wir entschlossen auf die Energiewende setzen und das erste Bundesland werden,  
25 das seinen Stromverbrauch ausschließlich aus eigenen regenerativen Ressourcen schöpfen kann  
26 und darüber hinaus zum Energieexportland wird. Wir wissen, dass dieses Ziel nur dann erreichbar  
27 ist, wenn wir BÜNDNISGRÜNE entschlossen dafür kämpfen. Denn weder die rot-schwarze  
28 Landesregierung noch ihre rot-roten VorgängerInnen haben bislang die notwendigen Weichen  
29 gestellt.

30  
31 Wir wollen eine Qualitätsoffensive in der Bildung durchsetzen, damit junge Menschen individuell  
32 und orientiert an ihren Stärken gefördert werden. Wir wissen, dass es dazu erheblicher finanzieller  
33 Mittel bedarf, die die bisherigen Landesregierungen nicht aufgebracht haben. Die Weichen müssen  
34 umgestellt werden, denn 14% aller SchulabgängerInnen in Mecklenburg-Vorpommern verlassen  
35 die Regelschule ohne qualifizierten Abschluss und bei den FörderschülerInnen nimmt  
36 Mecklenburg-Vorpommern einen bedauerlichen Spitzenplatz ein.

37  
38 Wir wollen in unserem Land mehr soziale Gerechtigkeit durchsetzen. Viel zu viele Kinder leben  
39 unter der Armutsgrenze und der Zugang zu Bildung ist für viele junge Menschen immer noch von  
40 ihrer sozialen Herkunft abhängig. Auch hier sind Investitionen in unser Sozialsystem erforderlich,  
41 auch hier muss ein politischer Schwerpunkt gesetzt werden.

42 Und wir wollen einen Aufbruch zu mehr Mitbestimmung, mehr BürgerInnenbeteiligung schaffen.  
43 Der Tatkraft und dem Engagement der Menschen in unserem Bundesland muss mehr Raum  
44 gegeben werden, dazu wollen wir die nötigen Voraussetzungen schaffen.

45  
46 Wir wollen Bewegung und frischen Wind in das Landesparlament bringen. Wählerinnen und  
47 WählerInnen sollen konkret wissen, was sie erwarten können, wenn Sie uns BÜNDNISGRÜNEN  
48 ihre Stimme geben. Sie sollen eine klare Vorstellung davon erhalten, was durch BÜNDNISGRÜNE  
49 nach ihrem erstmaligen Einzug in den Landtag angepackt wird. Zum Start in unsere  
50 Landtagsarbeit wollen wir daher konkret beschreiben, welche politischen Initiativen durch eine  
51 bündnisgrüne Landtagsfraktion zuerst ergriffen werden. Diese Vorhaben sind kurzfristig  
52 umsetzbar, haben keine Auswirkungen auf den Landeshaushalt und bringen das Land spürbar  
53 voran.

54  
55

### 56 **1. Atommülllager Lubmin: Bestehende Betriebsgenehmigung überprüfen**

57 Das Zwischenlager Nord bei Lubmin war ausschließlich für die Lagerung des atomaren Mülls aus  
58 dem Rückbau der früheren DDR-Atomkraftwerke Rheinsberg und Lubmin vorgesehen. Daran hält  
59 sich die Betreiberin, die Energiewerke Nord (EWN), schon lange nicht mehr. Ganz im Gegenteil:  
60 Mit der Behandlung und Lagerung von Atommüll werden heute lukrative Geschäfte gemacht. Und  
61 dies geschieht alles unter den Augen und mit Unterstützung der schwarz-gelben Bundesregierung,  
62 denn die EWN gehören zu 100 Prozent dem Bund. Verantwortlich ist also die Bundesregierung,  
63 federführend das CDU-geführte Finanzministerium. Schritt für Schritt soll Lubmin zu einem Lager  
64 für Atommüll aus ganz Deutschland ausgebaut werden soll, das Endlagercharakter hat.

65

66 Wir wollen hier gegensteuern. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur unbefristeten  
67 Einlagerung von Atommüll wurde ein Gutachten vorgelegt, welches für das ZLN erhebliche Risiken  
68 beschreibt. Auf dieser Grundlage hat sich das Innenministerium dazu entschieden, die  
69 Genehmigung zur Erweiterung der Atommülllagerung zu versagen. Doch die im Gutachten  
70 beschriebenen Risiken bestehen bereits heute. Aus unserer Sicht bedarf es daher einer  
71 Überprüfung der Betriebsgenehmigung. Eine der ersten Landtagsinitiativen der bündnisgrünen  
72 Fraktion wird die Forderung nach Überprüfung der bestehenden Betriebsgenehmigung durch das  
73 Innenministerium sein.

74

75

### 76 **2. Windenergie ausbauen: Testflächen ausweisen**

77 Die Windenergie birgt in Mecklenburg-Vorpommern riesige Potenziale. Neben den Offshore-  
78 Windparks auf der Ostsee sind auch die Potenziale an Land bei weitem noch nicht ausgeschöpft.  
79 Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, auch die Möglichkeiten zur Forschung und Produktion von  
80 Anlagen in Mecklenburg-Vorpommern deutlich zu verbessern. Nur dann werden sich weitere  
81 Firmen in Mecklenburg-Vorpommern ansiedeln bzw. in unserem Bundesland bleiben.

82

83 Ein großer Mangel war in der Vergangenheit, dass es die Landesregierung versäumt hat,  
84 geeignete Testflächen auszuweisen. Unternehmen wie NORDEX sind dazu schon lange  
85 vergeblich mit der Landesregierung in Verhandlungen. Die bündnisgrüne Landtagsfraktion wird die  
86 Landesregierung dazu auffordern, kurzfristig Testflächen auszuweisen und somit eine weitere  
87 wichtige Voraussetzung für den Ausbau der Windenergie in Mecklenburg-Vorpommern zu  
88 schaffen.

89

90

### 91 **3. Schule: Sozialkompetenzen stärker entwickeln, Kopfnoten streichen**

92 Viel zu viele Kinder und Jugendliche scheitern in Mecklenburg-Vorpommern am Schulsystem. 14  
93 % aller SchülerInnen eines Jahrgangs verlassen die Schule ohne qualifizierten Schulabschluss.  
94 Der Anteil der noch nicht ausbildungsreifen SchülerInnen ist noch höher, während gleichzeitig viele  
95 Unternehmen ihre betrieblichen Ausbildungsplätze nicht mehr besetzen können.

96

97 In diesem Zusammenhang spielt die Ausbildung der sozialen Kompetenzen eine bedeutende  
98 Rolle. Deshalb wollen wir die Leistungsentwicklung aller SchülerInnen individueller bewerten. Wir

99 wollen bereits zum Schuljahr 2012/2013 den Rahmen dafür schaffen, dass der Vermittlung sozialer  
100 Kompetenzen in der Schule eine größere Bedeutung zukommt. Das Notensystem soll durch eine  
101 schriftliche Beurteilung erweitert werden, in der das Verhalten, die persönliche Entwicklung und der  
102 individuelle Lernfortschritt der einzelnen SchülerInnen beschrieben wird.  
103 Die aus unserer Sicht unsinnigen, wenig aussagekräftigen und oftmals auf die Defizite der  
104 SchülerInnen ausgerichteten Kopfnoten wollen wir streichen.

105  
106

#### 107 **4. Demographischer Wandel: Enquetekommission im Landtag einrichten**

108 Der demographische Wandel wird tiefgreifende Folgen für unser Bundesland haben. Bisläng  
109 werden diese vor allem einseitig im Hinblick auf die Verwaltungsstrukturen diskutiert. Doch was  
110 bedeuten die Veränderungen für die Gesundheitsversorgung, für die Pflege, für die Kultur und für  
111 den Verkehr? Um unser Land rechtzeitig auf die Folgen des demographischen Wandels  
112 vorzubereiten, wollen wir im Landtag eine Enquetekommission zum Demographischen Wandel  
113 und dessen Auswirkungen initiieren.

114  
115

#### 116 **5. Theater und Orchester: Eckpunktepapier zurückziehen**

117 Die seit Jahren auf dem gleichen Niveau eingefrorene Landesfinanzierung und das sogenannte  
118 Eckpunktepapier der Landesregierung haben die Träger von Theatern und Orchestern dazu  
119 gezwungen zum Teil unsinnige Fusionen vorzubereiten, einen harten Einsparkurs einzuschlagen,  
120 Spartenschließungen zu prüfen und Kosten um den Preis qualitativer Einbußen zu senken. Dies  
121 wurde über die Köpfe der betroffenen Träger und der MitarbeiterInnen verfügt.

122

123 Die bündnisgrüne Fraktion wird im Landtag beantragen, das Eckpunktepapier zurück zu ziehen  
124 und die Landesregierung damit zu beauftragen, gemeinsam mit Trägern und MitarbeiterInnen in  
125 einem kooperativen Prozess eine nachhaltige Perspektive für die Theater und Orchester im Land  
126 zu erarbeiten.

127  
128

#### 129 **6. Landwirtschaft: Gegen industrielle Massentierhaltung und Gentechnik**

130 An vielen Orten in Mecklenburg-Vorpommern gehen die Menschen gegen geplante Massen-  
131 tierhaltungsanlagen auf die Straße. Wir unterstützen ihren Protest. Wir werden uns im Landtag für  
132 Rahmenbedingungen stark machen, welche die Errichtung industrieller Massentierhaltungs-  
133 anlagen verhindern, zumindest aber deutlich erschweren werden.

134 Für große Tierhaltungsanlagen müssen verbindlich Raumordnungsverfahren durchgeführt werden,  
135 um besser die Belange von AnwohnerInnen, Tourismus und Naturschutz gegen die Belastungen  
136 durch solche Anlagen verteidigen zu können. Es muss zukünftig u.a. ein Mindestabstand von 500  
137 m zwischen industriellen Tierhaltungsanlagen und Wohngebäuden gewährleistet werden

138 Beim Verkauf und der Verpachtung landeseigener Flächen ist der Bau industrieller Massentierhal-  
139 tungsanlagen vertraglich auszuschließen.

140 Die Landkreise müssen angewiesen werden, bei entsprechenden Bauvorhaben, den gesetzlich  
141 vorgeschriebenen Brandschutz für MitarbeiterInnen und Tiere konsequent zu prüfen. Dieser wird  
142 bisher von kaum einer Anlage gewährleistet.

143 Die Förderung industrieller Tierhaltungsanlagen muss aus dem Agrarinvestitionsförderprogramm  
144 des Landwirtschaftsministeriums (AFP) gestrichen werden.

145 Wir werden im Landtag beantragen, die Landesregierung zu beauftragen, diese konkreten Schritte  
146 umzusetzen. Ebenso werden wir einen Antrag stellen, der die Landesregierung auffordert,  
147 Mecklenburg-Vorpommern zur gentechnikfreien Region zu erklären. Beim Verkauf und der  
148 Verpachtung landeseigener Flächen muss der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen  
149 ausgeschlossen werden.

150  
151

#### 152 **7. Mehr Mitbestimmung: BürgerInnenantrag einführen**

153 Nicht erst seit Stuttgart 21 ist klar: Bürgerinnen und Bürger wollen mehr mitbestimmen. Wir  
154 BÜDNISGRÜNEN unterstützen dies ausdrücklich! Deshalb wird die bündnisgrüne Landtagsfraktion  
155 die Einführung eines sogenannten „BürgerInnenantrages“ in die Kommunalverfassung beantragen.

156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209

Der BürgerInnenantrag mit niedrigem Quorum soll es den BürgerInnen ermöglichen, direkt vor der Gemeinde- oder der Ortsteilvertretung ihr Anliegen vorzutragen und dieses zur Abstimmung zu stellen. Für die Formulierung des Antrags können sie die Hilfe der Ämter in Anspruch nehmen. Diese prüfen gleichzeitig die Zulässigkeit des Antrags. Falls ein zulässiger BürgerInnenantrag von der Gemeindevertretung abgelehnt wird, kann der gleiche Antrag zum Bürgerbegehren ausgebaut werden. Durch die Zulässigkeitsprüfung des Anliegens vor der Unterschriftensammlung wird späteren juristischen Auseinandersetzungen vorgebeugt.

## **8. Nahverkehr: Initiative für einen landesweiten Verkehrsverbund**

Mit einem „Integralen Taktfahrplan“ und einem landesweiten Verkehrsverbund wollen wir den öffentlichen Nahverkehr zu einer echten Alternative zum Autoverkehr entwickeln. Die bündnisgrüne Landtagsfraktion wird daher noch in diesem Jahr die Landesregierung auffordern, die Initiative für einen landesweiten Verkehrsverbund ähnlich dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg zu ergreifen. Steigende Spritpreise und Anforderungen des Klimaschutzes machen eine Alternative zum Autoverkehr notwendig. Busse und Bahnen müssen für PendlerInnen und TouristInnen unkompliziert mit nur einem Fahrschein und abgestimmten Fahrplänen genutzt werden können. Ein landesweiter Integraler Taktfahrplan bedeutet regelmäßige (z. B. stündliche) Verbindungen mit Bussen und Bahnen, die so abgestimmt sind, dass sich gute Umsteigemöglichkeiten ergeben. Dies führt zu verlässlichen Angeboten mit verkürzten Umsteige- und Wartezeiten.

## **9. Kita: Reform der Finanzierung**

Die derzeitige Finanzierung der Kindertagesbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern mit ihren vielen Fördertöpfen ist intransparent und bringt für die beteiligten Kreise, kreisfreien Städte, Gemeinden und Eltern einen erheblichen bürokratischen Aufwand mit sich. Wir wollen das ändern. Wir werden im Landtag als ersten Schritt beantragen, das Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung zu vereinfachen und die dadurch freiwerdenden Mittel und Ressourcen in eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels zu investieren. Dies kommt allen Kindern, insbesondere denen mit zusätzlichem Förderbedarf zu Gute.

## **10. Energiedörfer für Mecklenburg-Vorpommern**

In Mecklenburg-Vorpommern haben sich bereits zahlreiche Gemeinden mit Unterstützung der Akademie für Nachhaltige Entwicklung dazu entschlossen, ihren Energiebedarf aus eigener Kraft vollständig aus Erneuerbaren Energien zu decken. Sie folgen damit anderen erfolgreichen Vorbildprojekten, denen es gelingt, den eigenen Strombedarf und nahezu den gesamten eigenen Wärmebedarf zu produzieren. Durch Nahwärmenetze und Stromverkauf können Energiedörfer zusätzliche Einnahmen erwirtschaften und diese für wichtige lokale Vorhaben nutzen. So bleibt die Wertschöpfung in der Region und mit moderaten Energiepreisen können günstige Standortbedingungen für Unternehmen geschaffen werden.

Wir wollen, dass Gemeinden, die den Weg zum Energiedorf einschlagen, die Möglichkeit zu Investitionen erhalten, auch wenn sie nur über beschränkte investive Mittel verfügen. Nach einer Analyse der Energiepotentiale, des Energiebedarfs sowie wirtschaftlicher Handlungsmöglichkeiten muss die Möglichkeit zur Umsetzung geschaffen werden. Wir werden daher die Landesregierung auffordern, einen durch das Land aufgelegten Kreditfonds zu schaffen, aus dem die Finanzierung entsprechender Investitionen erfolgen kann. Die Gemeinde gewährleistet die Rückzahlung des Kredits aus dem Energieverkauf. So können in den nächsten Jahren viele Energiedörfer in Mecklenburg-Vorpommern entstehen. Das ist gut für das Klima, schafft regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze und verbessert die wirtschaftlichen Perspektiven für viele Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern.